



Antrag

der Fraktion der CDU

Keine Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamtinnen und -beamte

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, von einer Kennzeichnungspflicht von Polizeibeamtinnen und Beamten bei Demonstrationen und anderen geplanten polizeilichen Lagen von besonderer Bedeutung in geschlossenen Einheiten auch weiterhin Abstand zu nehmen.

Begründung:

Die bisherige langjährige Handhabung hat sich bewährt und nachweislich zu keinen Problemen geführt. Die Polizei arbeitet transparent. Die Verhältnismäßigkeit der von den Polizistinnen und Polizisten angewandten Maßnahmen ist vorbildlich. Ein Handlungsbedarf besteht daher nicht. Die Einführung einer Kennzeichnungspflicht bedeutet ein Misstrauensvotum gegen die Polizei. Deshalb ist diese nicht im Interesse des Landes.

Astrid Damerow
und Fraktion